

6. Beispiele von Aktivitäten der Kirche gegen Rechtsextremismus

6.1. Die Evangelische Jugend Gera/ Stadtjugendpfarramt Engagement gegen Rechtsradikalismus und Intoleranz

Arbeitslosigkeit, Mangel an Lehrstellen, fehlende Perspektiven insbesondere für Jugendliche - diese sozialen Probleme sind ein Nährboden für Hass und Gewalt. Rechtsradikale Organisationen versuchen über Bands, Aufmärsche, Propaganda und Internet in der Öffentlichkeit präsent zu sein. In einer solchen Atmosphäre ist politisch motivierte Gewalt nicht die Ausnahme; Gewalt durch Sprache und Propaganda, Gewalt durch Bedrohungen und Gewalt durch direkte Übergriffe.

Die Evangelische Jugend Gera hat bereits frühzeitig auf die Gefahr des Rechtsextremismus aufmerksam gemacht. Sie sucht aktive Wege gegen diese Tendenz und stellt sich auf die Seite der Opfer. Dabei hat sie stets für ein gemeinsames Vorgehen aller demokratischen Kräfte geworben. Konkret versuchte sie über Erinnerungsarbeit, über direkten Widerstand gegen rechtsradikale Aktivitäten und über das Aufzeigen von Alternativen den neuen Nazis in ihrer Stadt etwas entgegenzusetzen.

Genau auf diesem Weg: gemeinsam in einem breiten Bündnis mit Erinnerung, Widerstand und Vorleben von Alternativen kann dem Rassismus und der Gewalt unsere Kraft, Würde und Phantasie entgegengesetzt werden.

Erinnerung

Angesichts unverhohlenen nationalsozialistischer Propaganda und antisemitischer Ausfälle, die von der rechtsextremen Szene kontinuierlich ausgehen, bleibt es sehr wichtig, die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Staates und an dessen Opfer wach zu halten. Erinnerung und Zukunft sind ineinander verwoben ... das sagen die jüdischen Theologen.

Widerstand

Aktionen und Initiativen gegen den Hass zielten zuerst vorrangig auf die vorhandenen rechtsradikalen Strukturen und deren Aktivitäten und auf die sich etablierende neonazistische Jugendkultur. Zunehmend wurde daraus auch ein Engagement gegen Gleichgültigkeit, Rassismus und Diskriminierungen, welche aus der Mitte der Gesellschaft stammen. Hasspropaganda braucht ein entsprechendes Umfeld, um gedeihen zu können. An Rassismus und Gewalt dürfen wir uns gar nicht erst gewöhnen. Deshalb bleibt unser kreativer Widerspruch gefragt.

Alternativen

Doch nicht nur dem NEIN gegen den Hass; auch dem JA zu Respekt und Toleranz muss Ausdruck gegeben werden. Wege zu- und miteinander, Begegnung und Dialog über nationale und religiöse Grenzen dürfen gesucht, aufgezeigt und beschriftet werden. Grenzüberschreitenden Jugendbegegnungen - wir waren zum Beispiel schon in Tschechien,

Polen, Niederlande und der Schweiz - lassen die Neugierde und Lust an einem interkulturellen Zusammenleben wachsen.

Gerade der Dialog von Vertretern unterschiedlicher Glaubensrichtung ist für eine Stadt in den sogenannten Neuen Bundesländern ein Experiment. In Gera treffen sich seit 1999 Menschen mit verschiedenem religiösen Hintergrund (Bahai, Muslime, Buddhisten, Christen, Sikhs), um sich untereinander besser kennen- und verstehen zu lernen. Mehrmals im Jahr werden öffentliche Dialogveranstaltungen zu einem konkreten Thema durchgeführt. Bereits mehrfach wurde in Gera auch schon ein „Gebet der Religionen“ gefeiert. Damit leistet der Interreligiöse Dialog in Gera einen wesentlichen Beitrag für ein anderes, von Respekt und Achtung getragenes Miteinander in der Stadt.

Unsere Jugendgruppe unterhält Kontakt zur jüdischen Gemeinde in Arnhem. Sie unterstützte von Thüringen aus die Restauration der Arnhemer Hauptsynagoge. Mit diesem Engagement sollte bewusst ein Zeichen der Versöhnung und des Dialoges über Länder- und Religionsgrenzen hinweg gegeben werden. Diese Beteiligung junger deutscher Menschen wurde gerade in Arnhem – einer Stadt, die im II. Weltkrieg in besonderer Weise unter der deutschen Besatzungsmacht gelitten hat – sehr offen und positiv aufgenommen. Gerade angesichts neuerwachenden Antisemitismus ist diese städteübergreifende Begegnung ein wertvoller Beitrag, gerade junge Menschen für Toleranz und Verständigung zu sensibilisieren.

Zivilcourage?

Sind diese Aktivitäten nicht einfach nur selbstverständliches Engagement, was erwartet werden kann?

Mut brauchen die Beteiligten – vor allem Jugendliche selbst - , weil sie mit ihrer Meinung an die Öffentlichkeit treten und gleichzeitig mit den von ihnen kritisierten Personen – den rechtsradikal Aktiven – von Angesicht zu Angesicht leben. Rechtsradikale Jugendliche gehen mit ihnen zur Schule, wohnen nebenan, begegnen ihnen an Bushaltestellen, in Kneipen, auf der Straße. Übergriffe von „Rechten“ auf vermeintliche Gegner waren und sind bekannt.

Dazu kamen gezielte Bedrohungen. Die Rechtsradikalen machten ihren Gegnern deutlich: Wir kennen euch, wir beobachten euch. Mit diesem Drohszenario wollten sie bewusste Einschüchterung, Verunsicherung und Angst erzeugen. Diese Bedrohungen bekamen durch die Internetaktivitäten rechtsradikaler Gruppen eine weitere Dimension. So veröffentlichte die NPD Thüringen auf ihrer website unter der Rubrik „Andere über uns“ Pressemeldungen zu den Aktivitäten der Evangelischen Jugend. Damit geriet diese zunehmend in das Visier militanter rechter Kreise.

Das Engagement muss gerade auch dann konsequent weitergeführt werden, wenn die Beteiligten auch die Erfahrung von Bedrohung und Einschüchterung erleben müssen. Dazu gehörte dann doch mehr als nur die Einsicht, das Richtige zu tun; dazu gehörte Glauben und Mut.

Angst aber ist etwas ganz anderes wie Feigheit. Feigheit lähmt. Feigheit verschließt Augen, Ohren, Herz und Mund und will nichts sehen, hören, wissen. Steht die eigene Sicherheit auf

dem Spiel, ist die Feigheit zu jedem Kompromiss bereit. Feigheit wird früher oder später zum Mit-Täter. Angst dagegen bleibt ein wichtiger Begleiter unseres Lebens. Angst will uns beschützen und vor Bedrohungen warnen. Angst kann uns sensibler machen, auch sensibler für das Leid anderer.

Mut heißt nicht, keine Angst zu haben. Mut ist, mit und gegen die Angst zu leben, zu reden, zu handeln:

Wir haben heute Menschen mit Mut bitter nötig. Angst haben heutzutage viele Menschen vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, vor einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, vor Kriminalität auf der Straße. Feigheit bedeutet in dieser Situation, nur das eigene Wohl, die eigenen Interessen, die eigene Sicherheit in den Blick zu nehmen. Es gibt heute nicht wenige Menschen, die haben Angst vor dem Einfluss und der Gewalt radikaler Kräfte. Demokratie, Toleranz und Menschenrechte scheinen manchmal so selbstverständlich, dass es einigen attraktiv vorkommt, diese Werte zu relativieren oder gar in Frage zu stellen. Gefährlich ist an einer solchen Entwicklung, dass sie leise und schleichend um sich greift. Deshalb brauchen wir auch heute Menschen mit Mut:

mit Mut, die Augen - Ohren - Herzen aufzumachen und den Bedrängten, Benachteiligten und Bedrohten unserer Tage beizustehen

mit Mut, den Mund aufzumachen und gegen einfache Lösungen, alte Hassparolen und neue Feindbilder anzureden

mit Mut, der sich gerade im Alltag zeigt, in den Familien, in der Schule, auf Arbeit, in den Kirchen, auf der Straße oder in der Kneipe

Mut heißt nicht, keine Angst zu haben.

Mut ist, mit und gegen die Angst zu reden, zu leben und zu handeln.

Mut für Erinnerung, für Widerstand und für Alternativen...

Michael Kleim

Stadtjugendpfarrer Gera im September 2006

6.2. Was können Kirchengemeinden tun? **Von Dorothea Söllig, Pfarrerin in Schleusingen**

Auf dem Hintergrund der Erfahrungen aus Schleusingen möchte ich in 10 Punkten die Frage beantworten: Was können Kirchengemeinden tun?

1. Sie können Anlaufstellen und Ansprechpartner für Betroffene und Opfer rechter Gewalt sein und dafür Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr haben.
2. Sie können die Initiative ergreifen, indem sich in ihnen Menschen zusammensetzen, um aus der Ohnmacht, Resignation und Passivität herauszufinden.
3. Sie können das Subjekt sein, das die Bildung eines Bündnisses gegen Rechtsextremismus initiiert und leitet.
4. Sie können den neutralen Boden darstellen und bereitstellen, auf dem sich Alle zum Engagement gewillten unabhängig von ihrer parteipolitischen Bindung treffen und versammeln können.
5. Sie können die nötige Infrastruktur wie z.B. Räumlichkeiten und Verwaltungskapazitäten, sowie ihre Möglichkeiten der Information und Öffentlichkeitsarbeit der Bündnisarbeit zur Verfügung stellen.
6. Sie können die Arbeit gegen Rechtsextremismus in den Gemeindegemeinderäten thematisieren, und sich mit einem Gemeindegemeinderatsbeschluss offiziell und öffentlich hinter die Arbeit der Bündnisse stellen.
7. Sie können in der Jahresplanung ihrer Gemeindegemeindearbeit feste Punkte erarbeiten und inhaltlich füllen, an denen sie gemeinsam mit anderen Akteuren oder auch allein Gottesdienste, Friedensgebete oder andere Veranstaltungen anbieten, um die Vergangenheit präsent zu halten, zu Gedenken und um rechtsextreme Denkmuster und Einstellungen, wie sie auch in den Kirchengemeinden vorhanden sind, langfristig zu ändern.
8. Sie können das Thema Rechtsextremismus in all seinen Auffächerungen in allen Gemeindegemeinden und Gruppen so weit als möglich kontinuierlich präsent halten.
9. Sie können zur theologischen Aufarbeitung der eigenen Schuldgeschichte und zur Vergangenheitsbewältigung beitragen, indem sie „Rechtsextremismus und Kirche“ auf allen Ebenen kirchlichen Handelns, vom Gesprächskreis in der Gemeinde über die Pfarr- und Mitarbeiterkonvente bis hin zu den Synoden thematisieren und die eigene persönliche Auseinandersetzung auch der kirchlichen Mitarbeiter fördern.
10. Sie können das Wächteramt auf allen Ebenen kirchlichen Handelns wahrnehmen und sich öffentlich zu politischen Fragen, die im Zusammenhang mit dem Thema Rechtsextremismus stehen, äußern, lokal vor Ort aus jeweils gegebenem Anlass und grundsätzlich, z.B. indem sie ein Votum von den Kirchenleitungen an die Bundesregierung für die Aufnahme eines erneuten NPD-Verbots-Verfahrens oder an Bund und Länder für die Finanzierung von MOBIT einfordern.

Diese Punkte sind in der Praxis in Schleusingen zum großen Teil erprobt, erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und sind sicher auch nicht überall gleichermaßen umzusetzen, mögen aber anderen Gemeinden Anregung sein, ihre eigenen Möglichkeiten im Engagement gegen Rechtsextremismus zu entdecken und zu leben.

6.3. Interview mit dem Superintendenten des Kirchenkreises Halberstadt Christoph Hackbeil

Die Fragen stellte Christian Liebchen, PTI Drübeck.

Der Kirchenkreis Halberstadt liegt im Nordharz. Städtische Zentren sind Wernigerode, Quedlinburg und Halberstadt. Die Region ist mitteldicht besiedelt.

Ich kann mir nicht vorstellen, da zuzuschauen

Frage: Herr Hackbeil, Sie sind seit 7 Jahren

hier im Kirchenkreis als Superintendent tätig. Wann waren Sie das erste Mal mit Rechtsextremismus, Rassismus, rechten Gewalttaten konfrontiert?

Die ersten Informationen wurden mir über die offene Jugendarbeit übermittelt. Es gab eine ganze Menge von Jugendlichen, die sich mehr oder weniger desorientiert um den Dom herum aufhielt. Und dann wurden sie vom Jugenddiakon eingeladen, mit in den Club zu kommen. Dort war eine mehr aus der bürgerlichen Mitte stammende Jugendgruppe, die nun vermischt wurde mit Jugendlichen aus sozialen Randbereichen mit ganz unterschiedlichen Positionen. Da kam innerhalb der Jugendarbeit zum ersten Mal die Frage auf, wie wir nun mit denen umgehen, die da ungeschützt und ohne Probleme Nazisprüche loslassen. Sind die auszugrenzen? Kann man mit denen ein Gespräch führen? Ganz naiv haben wir uns zunächst auf das Letztere eingelassen.

Wo gab es weitere Anlässe, bei denen Sie sagten, hier sind der Kirchenkreis oder einzelne Gemeinden gefordert? Wann haben Sie angefangen, sich sehr offensiv diesem Thema zu stellen?

Es muss in der Region eine sehr große Aktivität von Rechtsradikalen Anfang der neunziger Jahre gegeben haben. Danach war eine relative

Ruhe bis 2003/04. Wir haben aber dessen ungeachtet die Themen als gesellschaftliche Themen aufgegriffen. Da ging es um die freiwillige Teilnahme an der Zwangsarbeiterentschädigung durch den Kirchenkreis. (...) Ein anderes Beispiel: In das Kirchspiel Halberstadt wurden aus Langenstein von dem dortigen KZ Langenstein-Zwieberge Impulse hineingebracht. D. h., ich musste nur sehen und sensibel sein dafür, wer in dieser Thematik sinnvolle Anregungen gibt, um diese dann aufzunehmen, zu verstärken und innerhalb der Gemeinden und der Mitarbeiterschaft sich Partner zu suchen. Das war meine Methode. Wir haben z. B. einen Konfirmandenvorstellungsgottesdienst auf dem Gelände des KZ Langenstein-Zwieberge gemacht, mit dem Ergebnis, dass sehr viele auch neben den Eltern und den Konfirmanden dahin gekommen sind. Das war ein wirklich sehr tiefgreifender und aufwühlender Gottesdienst, der uns in der Passionszeit an das Leiden der KZ-Häftlinge herangeführt hat. (...)

Gab es bei solchen Konfi-Projekten Widerstände seitens der Gemeinden, vielleicht auch versteckt formuliert, oder Ängste und Unsicherheiten? Oder haben das alle mitgetragen?

Also ich glaube, es gibt ein breites Spektrum von Gemeindegliedern die sagen: „Ja, muss das sein?“, oder positiv „Was ist denn der Sinn des Ganzen?“ Da muss man ansetzen und versuchen, das zu vermitteln. In die Gemeinde hinein. Aber ich habe hier nie einen wirklich massiven Widerstand gefunden, solche Projekte zu machen. Wir sollten freudig und mutig sagen, warum man das tut und das gut findet. Ich denke, für Kirchenleute, ob nun Mitarbeiter oder Ehrenamtliche, ist es ohnehin wichtig, sich zuerst auch als Bürger zu zeigen. Und nicht mit der Eitelkeit aufzutreten: „Jetzt kommt die Kirche und sagt euch erstmal was“. (...)

Ist das ein Plädoyer, dass Christinnen und Christen und Gemeinden als Teil der Zivilgesellschaft sich engagieren und auftreten? Wie nehmen die Gemeinden hier diese Rolle an?

In den kleineren Orten gibt es eher ein situationsbezogenes Reagieren. In den Städten

Wernigerode, Quedlinburg und Halberstadt gibt es auch eine für die kommunale Seite erkennbare Struktur an Ansprechpartnern. Man weiß also, welcher Pfarrer sich besonders engagiert, den man dann ansprechen kann. Es gibt noch die Beziehungen, die gemeinsam gewachsen sind aus der Wende. (...) Generell bin ich für unseren Bereich sehr angetan, wie das läuft. Ich sehe eine erstklassige Verbindung zwischen dem Stadtrat von Quedlinburg, dem Bürgermeister und dem Pfarrer von Quedlinburg. Nicht nur, weil sie persönlich einen engen Draht haben, sondern weil man sich abstimmt. Es heißt: „Da kommt etwas von den NPD-Anhängern, da gehen wir gemeinsam auf den Markt!“ Hier in Halberstadt läuft es stärker über die Schiene der Jugendarbeit. Das hat auch eine Tradition. In Wernigerode ist der Kristallisationspunkt traditionell die Sylvestrigemeinde, die dann aber wirklich etwas tragen kann, die kompetent ist. Auch hier gibt es wieder eine sehr fein vernetzte Abstimmung mit den staatlichen Stellen.

Sind im städtischen Bereich kommunale oder zivilgesellschaftliche Bündnisse, runde Tische, unersetzlich für eine langfristige nachhaltige Auseinandersetzung mit dem Thema? Und sollte Kirche selbstverständlich daran teilnehmen? Oder gibt es auch Grenzen?

In die Bündnisse gehören Kirchen mit hinein Kirche sollte ihrem Selbstverständnis nach auf jeden Fall mitarbeiten. Und sie sollte ihr Selbstverständnis vom Friedensauftrag Jesu her auch ganz fröhlich und klar sagen. Denn die anderen sagen es auch. Das Selbstverständnis der PDS-Linke-Leute ist auch unschwer auszumachen. Das muss man dann auch miteinander aushalten. Ich sehe ein Stück die Gefahr, dass es zu kleine Netzwerke gibt. Es gibt drei Jugendclubs, die haben die linken Jugendlichen, die vernetzen sich miteinander und kommen dann in irgendeinem Förderprogramm vor und sind das Alibistück. In die Bündnisse gehören Kirchen mit hinein, und es gehören auch bürgerliche Schichten mit hinein, z. B. die Wirtschaftsvereinigungen. Es

hängt sehr viel davon ab, dass diese Leute auch mitarbeiten.

Wir haben jetzt viel über grundsätzliche Auseinandersetzungen mit der Thematik gehört, auch über langfristig angelegte Projekte, die nicht nur Reaktionen auf plötzliche Ereignisfälle sind. Nun ist die Region des Nordharzes heute wieder Hochburg der rechtsextremen Szene geworden. Es gibt immer wieder Vorfälle – z. T. mit überregionaler Bedeutung: Der Überfall auf die Schauspieler, ein abgesagtes Konzert von Konstantin Wecker nach einer Drohung der NPD, ein Gemeindeabend mit Claudia Roth unter Polizeischutz, gewalttätige Übergriffe und Bedrohungen ... Derartige Fälle ereignen sich oft sehr plötzlich. Wie gehen Sie damit um?

Ich bin meiner Kirche, der Kirchenprovinz Sachsen, sehr dankbar, dass sie versucht hat, ein klares Konzept der Krisenöffentlichkeitsarbeit aufzubauen (...). Wenn es um krisenhafte Ereignisse, gerade auch von Rechtsradikalen, geht, muss man genau wissen, wer redet. Wie geht man in die Öffentlichkeit? Wer stößt bestimmte Reaktionen an? Wir hatten einen Fall, wo das ziemlich unkoordiniert lief, weil unsre eigene Einschätzung nicht richtig war. Da muss man eine ganz klare Strategie haben. Z. B. ist die Reaktion bei dem Abend mit Claudia Roth auch klar gewesen. Da gibt's dem Staat gegenüber einen Ansprechpartner - das ist auch für die Polizei und für die Presse wichtig - das ist in der Hierarchie der Landeskirche der Superintendent. Da muss es so etwas wie Hierarchie geben; es war eine gemeinsame Aktion, aber der Superintendent tritt dann auf und reagiert etwa gegenüber dem Vertreter des Ordnungsamtes,

Es ist sehr wichtig, dass wir da am Geschehen dran sind. wenn etwas nicht in Ordnung ist. Wir müssen bei schnell über uns

hereinbrechenden Ereignissen lernen, dass wir nicht anfangen, basisdemokratisch nach Lösungen zu suchen. Als kirchliche Mitarbeiter müssen wir aber auch lernen, dass wir uns über die rasanten Veränderungen in diesem Bereich immer wieder

informieren lassen. Es ist sehr wichtig, dass wir da am Geschehen dran sind.

Die NPD ist sehr klagefreudig. Da werden sehr oft kleine Anlässe genommen, z. B. wenn bei einer NPD-Aktion die Kirchenglocken läuten verbunden mit einem Friedensgebet. Wie sollte man damit umgehen? Cool aussitzen? Wie oft sind Sie schon damit konfrontiert worden?

Ich habe davon gehört, d.h. das Ordnungsamt hat mich darüber informiert. (...) Wir selbst haben nicht die personelle Kraft, dem etwas entgegenzusetzen. Da sind wir auf die Unterstützung der Landeskirche angewiesen. Denn es geht ja da auch um Staat-Kirche-Beziehungen, und da ist die Landeskirche mit gefragt. Ich habe gute Erfahrungen mit dem zuständigen Oberkirchenrat gemacht. Wir hatten bei einer Friedensprozession das Problem, dass ein sichtlich Minderjähriger Fotos von unserem Zug gemacht hat und auf der Internetseite der NPD veröffentlichte. Alle Teilnehmer waren deutlich zu erkennen. Bei meinem eigenen Bild als öffentliche Person trifft das Recht auf ein privates Bild nicht zu. Aber bei einem Kind, das abgebildet wurde, das nun mit Angst zur Schule fuhr, weil es mit Berufsschülern aus dem rechtsradikalen Umfeld zusammen fahren musste, da wäre der Klageweg richtig gewesen. Das hätte aber der Vater machen müssen, der aber wiederum aus Angst vor Gegenreaktionen diesen Weg nicht wählte. Da haben wir uns beraten lassen. Das andere war, dass verunglimpfende Äußerungen über Jesus selbst uns zugerufen wurden bzw. auf der Internetseite aufgeführt wurden. Da erhielt ich vom Oberkirchenrat den Rat, Anzeige zu erstatten, da geht es um den so genannten Gotteslästerungsparagrafen.

Das gesellschaftliche Diakonat gehört auch mit dazu.

Ist es eine Last, sich jetzt auch noch damit beschäftigen zu müssen?

Ich kann es mir überhaupt nicht vorstellen, da zuzuschauen. Das passt auch nicht in die Tradition, die wir als Kirchenprovinz aus der DDR-Zeit her

haben. Das gesellschaftliche Diakonat gehört auch mit dazu.

Wenn Sie einen Wunsch formulieren könnten an die Gemeinden und zu den Mitarbeitern hier im Kirchenkreis, was würden Sie sich wünschen?

Ich wünsche mir, dass die Wachheit da ist, Verhaltensweisen zu hinterfragen, die viele Menschen, vielleicht auch wir, unwillkürlich so einfach hinnehmen oder selbst praktizieren. Und die sensible und wache Art der Predigt, das finde ich wichtig. (...)

Abschließend die Frage nach einem Wunsch an die Landeskirche? Was wünschen Sie sich für Unterstützung?

Es ist wichtig, dass im Bereich der Jugendarbeit genügend Kräfte da sind, die vor Ort auch Jugendarbeit unterstützen.

Ich wünsche mir, dass die Begleitung so gut bleibt, wie sie jetzt ist bzw. noch besser wird. Ich bin angewiesen auf die

Zusammenarbeit mit dem Pressesprecher. Die Brücke zum Staat, zur Landesregierung muss funktionieren. Es ist wichtig, dass im Bereich der Jugendarbeit genügend Kräfte da sind, die vor Ort auch Jugendarbeit unterstützen. Das ist für die Zukunft sehr wichtig. Hier darf nicht gespart werden und danach gejamert, dass wir nichts gegen solche Angriffe unter unseren Jugendlichen tun können. Wir sind ja in unserem Kirchenkreis und unserem Landkreis in dem Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“. Da erlebe ich aber, dass die Kirche langsamer reagiert als die, die schon Konzepte in ihren Schubladen hatten und die ersten größeren Summen abgeräumt haben. Darum kann es ja auch nicht nur gehen. Hier müsste auch das Kinder- und Jugendpfarramt sagen: Wir haben in den und den Kirchenkreisen die Möglichkeit, in das Projekt mit hinein zu kommen. Wir denken mit euch vor und bieten euch Unterstützung an.

Herr Superintendent Hackbeil, vielen Dank für das Gespräch.

Halberstadt, den 14.11.2007

6.4. Bestandsaufnahme von Aktivitäten in der EKM gegen Rechtsextremismus

Zusammengestellt von Christian Liebchen und Dorothee Land

Anhand einer Fragebogenerhebung wurden Aktivitäten zum Thema Rechtsextremismus innerhalb der EKM erfasst. Folgende Beobachtungen konnten gemacht werden:

Beobachtungen:

- Es gibt eine große Anzahl unterschiedlichster Aktivitäten in den Gemeinden oder durch einzelne kirchliche Akteure. Oft sind die Projekte und Aktionen aber nicht vernetzt. Eine überörtliche oder gar landesweite Koordinierung geschieht faktisch kaum oder gar nicht.
- Es gibt sowohl örtliche als auch regionale Aktivitäten.
- Es lassen sich zwei Herangehensweisen beobachten: Entweder sind es Reaktionen auf Ereignisse (oft NPD-Demos, aber auch Übergriffe o.ä.). In manchen Kirchenkreisen ist dies die einzige Aktivität. Oder aber es handelt sich um breit gefächerte präventive Arbeit, die eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Thema unabhängig von tagesaktuellen Geschehnissen aufzeigt.
- Sehr unterschiedlich werden die klassischen Arbeitsformen in die Umfrage mit aufgenommen. Vielen scheint der präventive Charakter kirchlicher Arbeit an dieser Stelle nicht sehr bewusst zu sein (Kinder- und Jugendgruppen, Jugendkulturarbeit durch Chöre, Theater, Bands, Familienarbeit, Bildungsangebote, Konfirmandenarbeit).
- Das Verhältnis präventiver und reaktiver Veranstaltungen ist ungefähr 1:1.
- Manchmal scheint es sich um Aktivitäten Einzelner zu handeln, an anderer Stelle wird aber auch deutlich, dass ganze Regionen und Kirchenkreise sich aktiv mit der Thematik auseinandersetzen.
- Ohnehin vorhandene Arbeitsfelder und Anlässe (Friedensdekade, interkulturelle Woche, Gottesdienste anlässlich Stadtzerstörung, Gedenken 9.11. oder 27.1. u.a.) werden sehr unterschiedlich mit der Thematik in Zusammenhang gebracht.

Schlussfolgerung:

- Die ermutigenden Erfahrungen engagierter Gemeinden oder Kirchenkreise sollen publiziert werden. Blickwinkel sollen dabei die Gelingensbedingungen sein. (Einzelne Beispiele befinden sich in der Materialsammlung).
- Im Rahmen des Dekadeschwerpunktes ist eine EKM-weite Koordinierung und Vernetzung der unterschiedlichen Aktivitäten möglich und geplant. Eine Verstetigung ist im Laufe des Jahres zu prüfen.
- Der präventive Charakter des gesamten kirchlichen Handelns insbesondere in den gemeindepädagogischen Schwerpunktfeldern ist deutlicher herauszustellen. Von der Konfistunde bis zum Seniorenkreis gibt es viele Möglichkeiten, sich dem Thema zu stellen. Große Sonderaktionen sind gar nicht immer nötig.